KWP57NEU

Kapitel

Initiator*innen: KVo, Nelly Waldeck, Lasse Petersdotter, GJ Kiel

Titel: **Flächen effizient und daher ökologisch nutzen**

Text

Wohnraum ist knapp, aber ebenfalls Fläche, die zur Bebauung geeignet ist. Fläche hat zudem nicht nur eine soziale, sondern auch eine ökologische Komponente. Städte sind ökologisch betrachtet tendenziell Karstflächen mit gestörten Grundwasserkörpern und sich im Sommer erhitzenden und im Winter schnell erkaltenden (wenn sie denn nicht mit Energie beheizt werden) Gesteinsformationen. Umgeben von landwirtschaftlich nutzbaren und ökologisch und klimarelevanten Landschafts- und Naturschutzgebieten verbietet sich eine weitere Flächenversiegelung im Außenbereich. Deshalb lehnen wir z. B. die Bebauung der Fläche Suchsdorf-West konsequent ab.

Auch innerhalb der Stadt darf nicht noch mehr Fläche versiegelt werden. Es ist sinnvoll, bereits versiegelte Flächen mit einer höheren Wohnnutzung zu belegen. Dazu sind ein städtebaulich verträglich angepasster Bau in die Höhe, eine Aufstockung vorhandener Häuser, wie auch das Überbauen von Supermärkten oder aufgeständerter Neubau über Parkplätzen erstrebenswert. Außerdem setzen wir uns für eine feste Entsiegelungsquote für Parkplätze ein. Die Umwandlung von wenig genutzten Büroräumen (aufgrund einer Entwicklung hin zum Homeoffice) wäre eine weitere Möglichkeit der zügigen Wohnraumgewinnung. Auch die Überbauung einzelner Stichstraßen ist für uns vorstellbar. All dies sind relativ kostengünstige Möglichkeiten der Schaffung neuen Wohnraumes im Rahmen einer geordneten ökologisch angepassten Innenverdichtung. Hierfür braucht es eine Update des Wohnbauflächenatlas’.

Zusätzlich zu Flächen, die wir entwickeln wollen (z. B. MFG-5-Gelände), wollen wir die Nachverdichtungs- und Entsiegelungspotentiale der bisher untergenutzten Plätze im Innerstädtischen nutzen. Die Aufenthaltsqualität von innerstädtischen Flächen wie dem Wilhelmsplatz, Exerzierplatz, Europaplatz oder Blücherplatz soll

deutlich gesteigert werden. Dafür setzen wir auf Neuordnungskonzepte bei der die Entsiegelung, weniger Parkplätze und mehr Begrünung, z.B. in Form von Urban Gardening, im Zentrum stehen. Die Möglichkeit der Nutzung als Wochenmarkt soll erhalten bleiben.

Gleichzeitig dürfen keine Grünflächen bebaut werden. Sollte eine Versiegelung notwendig sein, dann muss an anderer Stelle im Stadtgebiet Fläche entsiegelt werden. Die vorhandene Fläche muss effektiver genutzt werden. Die Begrünung von (Park-) Plätzen kann ausgleichend wirken. Gründächer und -fassaden können zwar ergänzend zu Ausgleichsflächen einen klimapositiven Effekt haben, aber aufgrund mangelnder Versickerung keine Ausgleichsflächen sein. Der Überplanung und Bebauung ökologischer Ausgleichsflächen werden wir in Zukunft stärker entgegenwirken.

Wir verbrauchen seit Jahren immer mehr Wohnraum pro Kopf. Ein Grund dafür ist, dass alleinstehende Senior*innen in großen Wohnungen – oft nicht barrierefrei – leben. Das ist verständlich, da es häufig keinen passenden Wohnraum im gleichen Quartier gibt. Hier wollen wir Abhilfe schaffen, indem wir vermehrt barrierefreie inklusive Mehrgenerationenhäuser und -wohngemeinschaften bauen wollen. Projekte, die solchen Wohnraum schaffen, möchten wir fördern. Wir möchten die Verwaltungseinheit des Quartiers schaffen und sie planerisch etablieren (siehe Kapitel Kiel in neuen Strukturen denken: inklusive Quartiersentwicklung). Dazu gehört für uns auch die Schaffung sogenannter Quartiersmanager*innen. Diese können steuernde Funktionen bei Umzügen innerhalb des Quartiers übernehmen. Auch Wohnungstauschbörsen können von dieser Stelle angestoßen werden.

Als Grüne stehen wir alternativen Wohnformen wie Tinyhausprojekten oder Bauwagensiedlungen positiv gegenüber, wenn sie Ziele wie bezahlbaren Wohnraum, Reduzierung des Flächenverbrauchs oder Klimaschutz verfolgen. Insofern unterstützen wir weiterhin die Suche nach geeigneten Flächen für Bauwagensiedlungen. Für die Wagengruppe "Schlagloch" im Konkreten soll eine Möglichkeit der Duldung auf einer von allen Beteiligten als geeignet empfundenen Fläche erfolgen. Zudem setzen wir uns für notwendige rechtliche Änderungen zur Vereinfachung dieser Wohnkonzepte wie eine Änderung des Bundeskleingartengesetzes und der Landesbauordnung ein. Es sollen verzichtbare bürokratische Hürden überprüft und abgebaut sowie Ausnahmeregelungen getroffen werden. Generell ist Geschosswohnungsbau im innerstädtischen Bereich zu bevorzugen.

Selbstverständlich muss der Neubau wie die Sanierung von Wohnraum energetisch und klimagerecht erfolgen. Dadurch wird Bauen zwar kurzfristig teurer, aber noch teurer ist langfristig gesehen, nicht klimaneutral zu bauen (siehe Kapitel Bauen klimafreundlicher gestalten). Daher muss geprüft werden, ob modularer

Wohnungsbau – wie beispielsweise das Kieler Modell – die Baukosten senken kann.